



Pressemitteilung

Montag, 11. Dezember 2023

Stadt Norderstedt begrüßt einen nachhaltig geplanten Neubau des Polizeireviers Garstedt

Norderstedt. Das aus den 1970er-Jahren stammende Gebäude des Polizeireviers im Norderstedter Stadtteil Garstedt an der Europaallee ist sanierungsbedürftig und entspricht nicht mehr den Anforderungen für die moderne Polizeiarbeit. Es besteht daher Einvernehmen zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Stadt Norderstedt, dass die Bedingungen für die Polizeiarbeit dort verbessert werden müssen. Zwei Optionen boten sich nach ersten Betrachtungen für die Zukunft an, zum einen die Sanierung des alten Polizeireviers, zum anderen ein Neubau.

Seit längerem wird vor diesem Hintergrund über den erforderlichen Sanierungsbedarf für das bestehende Gebäude oder aber die Voraussetzungen für die Planung eines alternativen Neubaus eingehend fachlich beraten. Die Planungen gehen nun in die nächste Phase.

Das Land Schleswig-Holstein und die für den Bau zuständige Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR (GMSH) haben gemeinsam mit der Stadt Norderstedt nach internen Abstimmungen einen Fahrplan für einen Neubau entwickelt. Der zuständige Projektleiter von der GMSH hatte hierzu am Anfang November im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr der Stadt Norderstedt den derzeitigen Sachstand und auch die Pläne für das weitere Verfahren erläutert.

In einem ersten Schritt wird im Zuge eines durch die GMSH ausgelobten Vergabeverfahrens ein Bebauungsentwurf und ein geeignetes Architekturbüro gefunden. Die Norderstedter Stadtverwaltung ist zur Wahrung der städtischen Planungsinteressen an diesem Verfahren beteiligt. Im Anschluss ist vorgesehen, auf Basis des Bebauungskonzeptes die erforderlichen Baurechte zu schaffen. Dies erfolgt durch die Stadt Norderstedt über den Bebauungsplan Nummer 325, der über den Bau des neuen Polizeireviers hinaus auch eine städtebauliche Entwicklung der Nachbargrundstücke sichern soll.

Auf dem Gelände des bisherigen Finanzamtes neben dem heutigen Revier soll gemäß der aktuellen Planung ein zeitgemäßer und weitgehend nachhaltig gestalteter Neubau entstehen, der den veränderten personellen und arbeitstechnischen Bedürfnissen der Polizei Rechnung trägt. Während der Phase des Abrisses des angrenzenden alten Gebäudes der Außenstelle des Finanzamtes und der sodann erfolgenden Bauphase, verbleiben die Beschäftigten der Polizei am jetzigen Standort. Für den Zeitraum des aktuellen Umbaus „Wachbereich im jetzigen Gebäude“ werden die Mitarbeiter der Polizei vorübergehend im Finanzamtsgebäude einziehen und von dort aus ihre Aufgaben erfüllen. Sobald



das neu gebaute Polizeirevier bezugsfertig ist, soll der Umzug aus dem bestehenden Dienstgebäude in die neue Dienststelle erfolgen. Ein konkreter Umzugstermin steht zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch noch nicht fest.

„Sowohl Sanierung als auch Neubau eines Polizeireviers sind komplexe Aufgaben. Viele verschiedene Aspekte müssen bei einem solchen Vorhaben angemessen berücksichtigt werden. In beiden Fällen muss am Ende eine städtebauliche Lösung gefunden werden, die es der Polizei erlaubt, ihre Aufgaben langfristig weiterhin gewissenhaft zu erfüllen“, sagt Norderstedts Baudezernent und Erster Stadtrat Dr. Christoph Magazowski. Zugleich müsse der Bau aber auch städtebaulich passend für Garstedt sein, wo derzeit eine städtebauliche Transformation stattfindet. Mit der Umgestaltung des Willy-Brandt-Parks, der Modernisierung des Umfeldes des Herold-Centers und dem Bau des Bildungshauses einerseits, aber auch wichtigen Klimaschutzfragen, wie etwa der Frage nach der Energieeffizienz und dem Baustoffrecycling andererseits, gebe es viele Punkte zu berücksichtigen.

„Mit dem jetzigen Vorgehen, das vom Land und der Stadt in Absprache erarbeitet wurde, wird sichergestellt, dass die Polizeiarbeit in Garstedt auch künftig effizient erfolgen kann. Gleichzeitig wird gewährleistet, dass die Polizei eine angemessene Präsenz im Stadtbild besitzt und dass auch der ökologische Fußabdruck möglichst klein bleibt. Die nun gefundene Lösung wird von der Stadt Norderstedt daher ausdrücklich begrüßt“, sagt Dr. Christoph Magazowski. Die Stadt Norderstedt werde den weiteren Prozess bestmöglich unterstützen.